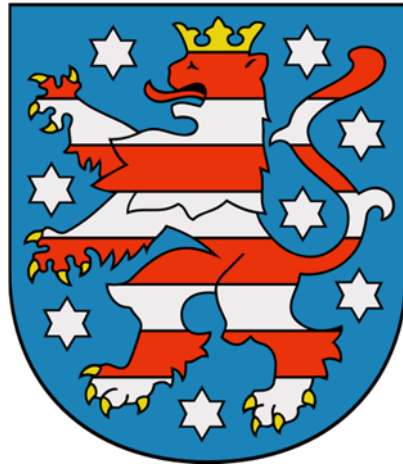


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2017

– Zusammenfassung –

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)
Steffen Niehoff
Dr. Axel Salheiser
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2017

Der THÜRINGEN-MONITOR 2017 schreibt die Dauerbeobachtung der politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die 2000 begonnen wurde und seither jährlich empirische Befunde zur Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung generiert. Der von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung von 1.032 wahlberechtigten Thüringer_innen zugrunde, die zwischen dem 9. Mai und dem 26. Juni 2017 durchgeführt wurde.

Das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ist die Vermessung der sozialen und politischen „Mitte“. Die „Mitte“ gilt einerseits seit langem als eine Klammer, die plurale Gesellschaften und demokratische Verfassungsstaaten zusammenhält. Andererseits gilt sie aber auch (und dies bereits mit Blick auf die 1930er Jahre) als eine Brutstätte des Rechtsextremismus und menschenfeindlicher Ressentiments. Wie sich „die Mitte“ tatsächlich konstituiert, wie sie auf politischen und sozialen Wandel reagiert, sind Grundfragen des gesellschaftspolitischen Diskurses, die auch tagesaktuell eine hohe Bedeutung haben.

Der Kontext: Hohe Lebenszufriedenheit – aber häufige Empfindungen von Benachteiligung

Eingebettet ist dieser Schwerpunkt in eine Darstellung der Entwicklungstrends im Freistaat, welche die THÜRINGEN-MONITORE der vergangenen Jahre fortführt und die Kontexte beschreibt, in denen sich das politische und soziale Leben im Lande vollzieht. In wirtschaftlicher Hinsicht wird das Umfeld der politischen Kultur Thüringens durch ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts (das nahezu punktgenau dem ganz Deutschlands entspricht) und einen leichten Rückgang der Erwerbslosenquote gekennzeichnet. Hier nähert sich Thüringen weiter dem Durchschnittswert der westdeutschen Länder an, hat aber seinen früheren Vorsprung gegenüber den ostdeutschen Ländern fast völlig abgebaut. Sowohl die Abnahme der Arbeitslosigkeit wie auch das wirtschaftliche Wachstum haben zuletzt etwas an Dynamik verloren. Dem Anschein nach wird dies auch von den Befragten des THÜRINGEN-MONITORS wahrgenommen, deren Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens seit 2014 auf relativ hohem Niveau stagniert. Dies gilt seit 2013 auch für die eigene finanzielle Lage, die seither entgegen dem üblichen Bild leicht ungünstiger als die allgemeine wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird. Zu vermuten ist, dass hier die verhaltene Entwicklung der Reallöhne ursächlich ist. Nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und massiv (das heißt, um etwa ein Drittel) unter den Werten der westdeutschen Spitzenreiter liegen die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer_innen in Thüringen, das hier – nur gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – den drittletzten Platz im Ländervergleich einnimmt. Im Zusammenspiel mit den Spätfolgen der Massenarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren und zu Beginn des Jahrhunderts trägt dieses Lohn- und Gehaltsdifferential auch zu einer Minderung der Rentenansprüche bei.

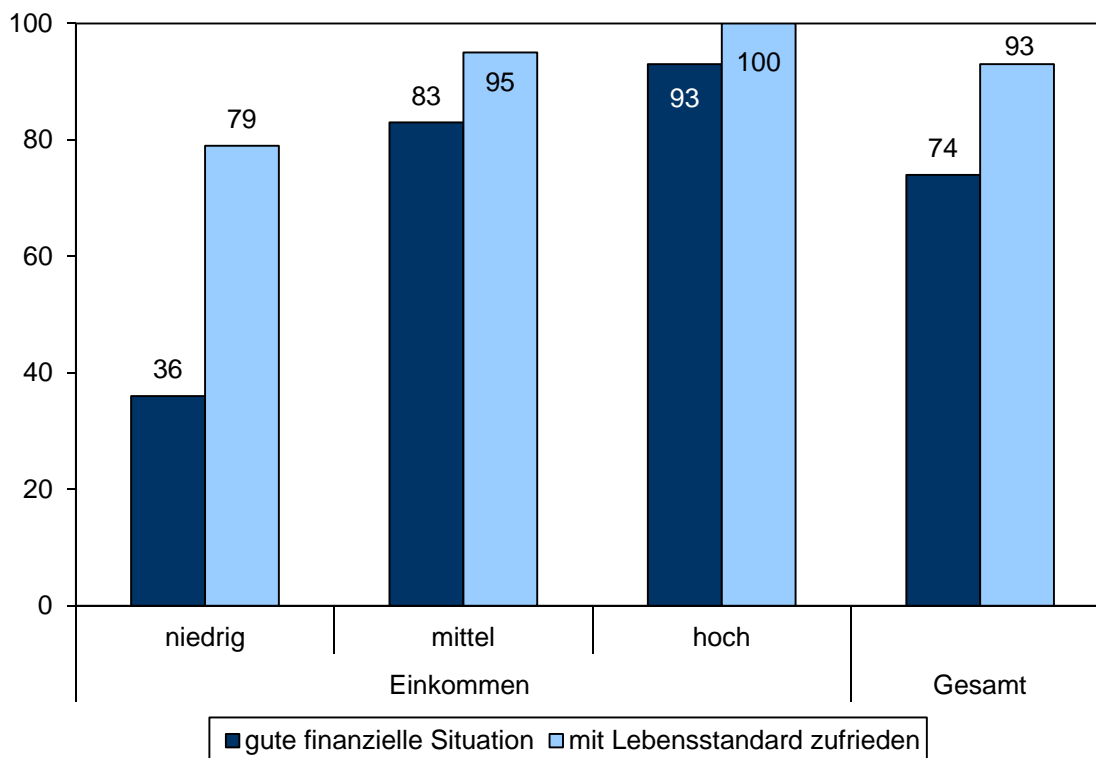
Solche Entwicklungen fördern das Gefühl, individuell oder kollektiv als Ostdeutsche(r) benachteiligt zu sein („Ostdeprivation“), das 2017 jeweils von 37 Prozent bzw. 49 Prozent der Befragten geäußert wurde, wobei individuelle Benachteiligung besonders stark in den seit den 1990er Jahren auf dem Arbeitsmarkt aktiven Alterskohorten beklagt wird. Dies sind insofern bedenkliche Befunde, weil „Ostdeprivation“ einen signifikanten Erklärungsbeitrag für Rechtsextre-

mismus, Neo-Nationalsozialismus und Fremdenfeindlichkeit leistet. Eine Dämpfung der „Ost-deprivation“ würde einen Risikofaktor für die politische Kultur Thüringens vermindern. Relative Einkommenschwäche geht in Thüringen mit hoher sozialer Gleichheit einher: In der Rangordnung der Bundesländer ist Thüringen zusammen mit Sachsen das Land mit der *geringsten Ungleichverteilung der Einkommen*. Es gibt also, was sich ebenfalls in den Berechnungen des THÜRINGEN-MONITORS zu den durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen zeigt, eine Nivellierung nach unten, die auch eine Auswirkung auf die Bestimmung der „sozialen Mitte“ hat. 69 Prozent der Befragten sind – ihren Nettoäquivalenzeinkommen nach – dieser Mitte zuzurechnen.

Diese Einkommensstruktur geht durchaus mit hohen Zufriedenheitswerten zusammen: 93 Prozent [!] aller Befragten und immerhin noch 79 Prozent der Personen in der niedrigen Einkommenskategorie geben an, mit ihrem Lebensstandard zufrieden zu sein. Empfindungen der Benachteiligung werden jedoch als „relative Deprivation“ durch Vergleiche mit anderen, nicht zuletzt mit Westdeutschen, genährt. Immerhin 53 Prozent der Befragten geben an, im Vergleich zu anderen „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten. Es sind solche Empfindungen relativer Benachteiligung, die zwar mit zunehmender Einkommenshöhe abnehmen, aber in Thüringen in *allen Einkommenskategorien in erheblichem Umfang* vorhanden sind, die soziale Ressentiments, Abwertung von Minderheiten und Rechtsextremismus begünstigen.

Wir eröffnen mit dem Befund hoher Zufriedenheit mit dem Lebensstandard bei gleichzeitiger Klage, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, die Reihe der Ambivalenzen, das Neben- und Miteinander gegensätzlicher Bewertungen und Gefühle, die sich auch dieses Mal durch den THÜRINGEN-MONITOR zieht.

Bewertung der finanziellen Situation und Zufriedenheit mit Lebensstandard nach Einkommensgruppe
(in Prozent)

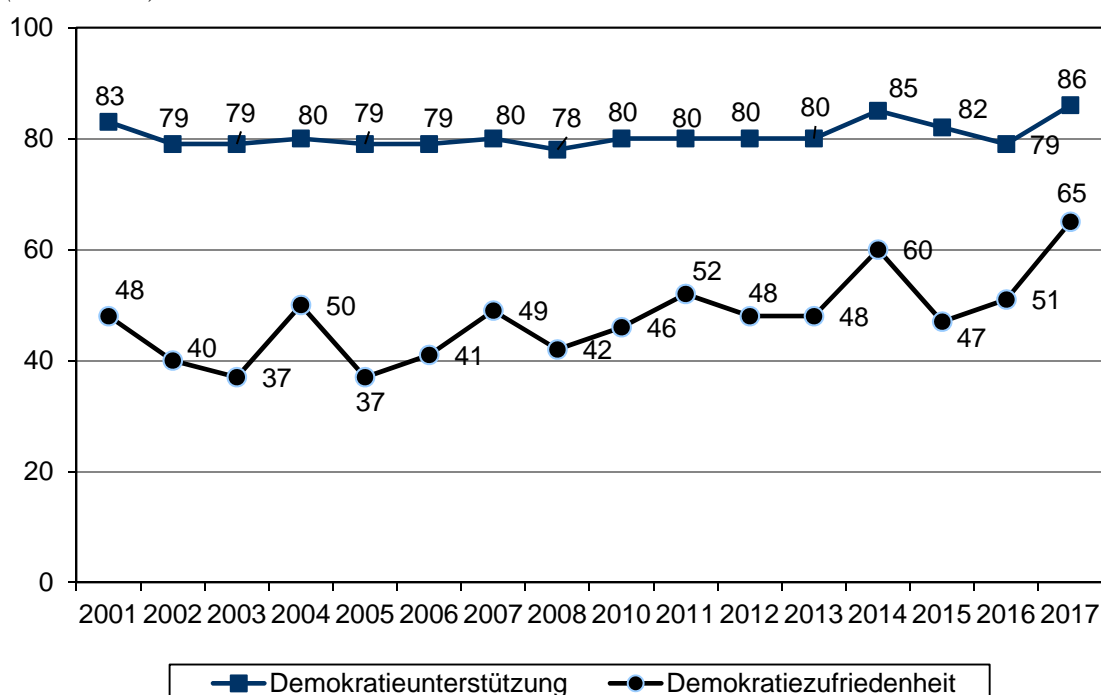


Gestiegene Demokratiezufriedenheit, aber massive Kritik an der Abgehobenheit der politischen Eliten

Dies gilt auch und gerade für die politische Kultur im Freistaat. Hier sehen wir zunächst einige ausgesprochen positiv zu bewertende Entwicklungen. Vor allem die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert“, ist deutlich von 47 Prozent im Jahr 2015 auf 65 Prozent im Jahr 2017 und damit auf einen Spitzenwert unserer bis 2001 zurückreichenden Zeitreihe gestiegen. Dies gilt auch für den Anteil der „zufriedenen Demokraten“, bei denen sich Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit verbinden. Auch das Institutionenvertrauen hat wieder zugenommen, was – ausgehend von einem relativ niedrigen Sockelwert – die Landesregierung und – mit einem besonders starken Anstieg – die Bundesregierung einschließt. Für die Polizei wird mit 73 Prozent Vertrauenden ein historischer Spitzenwert erreicht.

Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2017

(in Prozent)

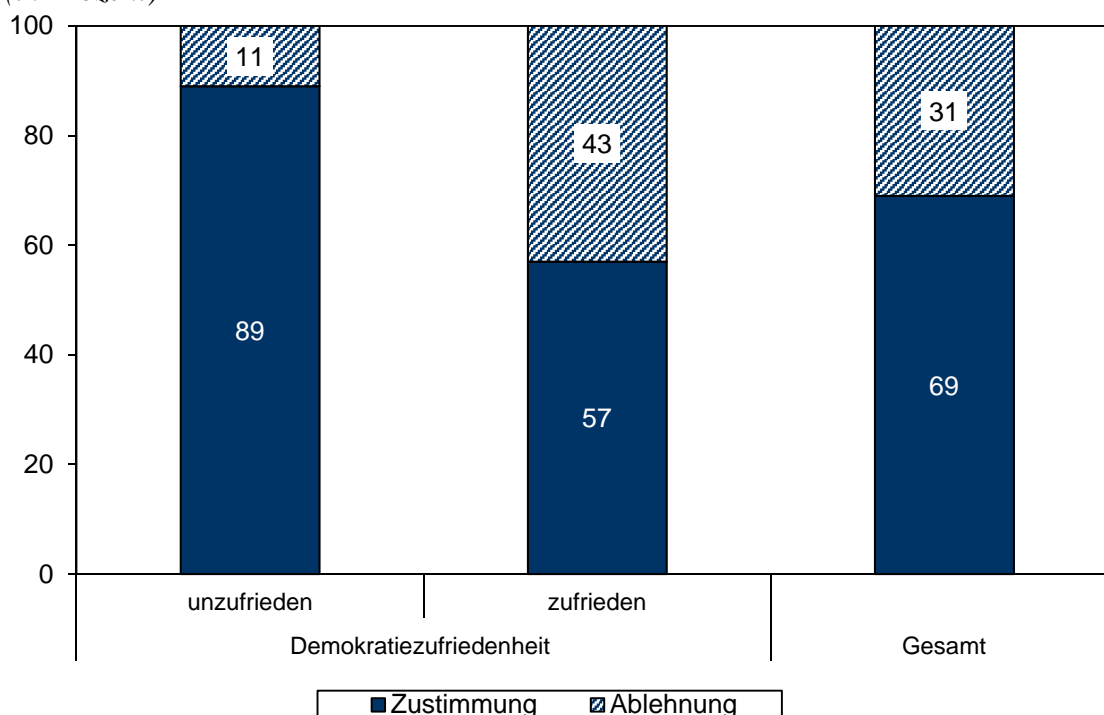


Bemerkenswert ist hier auch eine Zunahme der Parteibindung, die von einem historischen Tief von 44 Prozent in 2015 auf 57 Prozent im laufenden Jahr zugenommen hat. Dies gilt auch für die Bereitschaft, in einer Partei mitzuarbeiten, die um ein Drittel angestiegen ist, aber mit einem Anteilswert von einem Viertel der Befragten immer noch das Schlusslicht der Formen politischer Beteiligung bildet, die von den Befragten erwogen oder praktiziert werden. Wir erklären uns diese Anstiege im Fall der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens zu einem Teil mit der Rückkehr zu einem langfristigen Trend, der in der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere im Rückgang der Arbeitslosigkeit begründet ist, zu einem anderen Teil mit tagesaktuellen politischen Entwicklungen, wie dem Übergang zu einer restriktiven Asylpolitik mit der Konsequenz einer Verringerung der Geflüchtetenzahlen und allgemein mit dem Stabilitätsvorsprung Deutschlands in einem von heftigen Krisen betroffenen internationalen Umfeld. Die Zunahme der Parteibindung und der Demokratiezufriedenheit schreiben wir in Teilen auch der Erweiterung des Parteiensystems um eine Mitspielerin zu, die bislang nicht repräsentierte, aber in der Bevölkerung verbreitete politische Positionen ethnokultureller

Identität, der rigorosen Abwehr von Armutsimmigration und der kompromisslosen Durchsetzung nationaler Interessen in den allgemeinen politischen Diskurs eingeführt hat. Unsere Interpretation besagt also, dass die Wahrnehmung erfolgreicher Regierungstätigkeit und einer Öffnung des Parteiensystems zu der wieder deutlich positiveren Bewertung der politischen Praxis und der Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie beigetragen hat.

Der zuletzt günstigen Entwicklung der Einstellungswerte für die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen stehen allerdings eine *massive Eliten- und Demokratiekritik* gegenüber, die im Kapitel IV.1 des THÜRINGEN-MONITORS 2017 ausführlich vorgestellt wird. So stimmen 69 Prozent der Befragten und damit fast punktgenau der gleiche Anteil wie im vergangenen Jahr der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Ebenso viele meinen, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft ... gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln; 74 Prozent, dass „die Parteien nur die Stimmen der Wähler“ wollen, während „ihre Ansichten sie nicht interessieren“; 63 Prozent, dass Deutschland „jetzt“ eine „starke Partei“ brauche, „die die Volksgemeinschaft [!] insgesamt verkörpert“.

„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis (in Prozent)



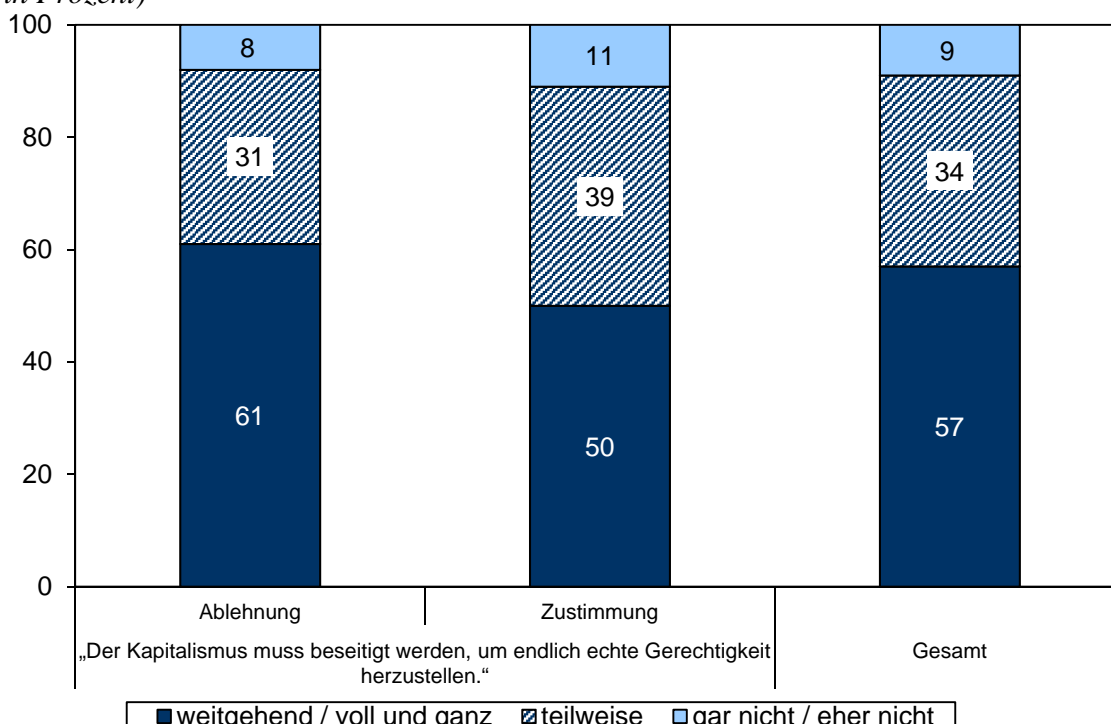
Die negativen und relativierenden Urteile der Thüringer Bürger_innen über die Demokratie als Staatsform und Praxis sind in den vergangenen Jahren annähernd konstant geblieben. Da aber zugleich die Demokratiezufriedenheit markant zugenommen hat, bedeutet das zwingend, dass ein erheblicher und zunehmender Anteil der Befragten im Hinblick auf ihre Demokratiekritik inkonsistente Positionen einnimmt. Tatsächlich kritisiert zum Beispiel eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten, die mit der demokratischen Praxis in Deutschland *zufrieden* sind, zugleich, dass „unsere Demokratie“ die Anliegen der Menschen *nicht mehr wirksam vertritt*. Wieder einmal zeigen sich die immer wieder von uns in THÜRINGEN-MONITOREN diagnostizierten „gemischten Gefühle“, mit denen die Bürger_innen besser umgehen können als die meisten ihrer Beobachter_innen. Hier offenbart sich ein „wildes Denken“, das sich den Erwartungen

von Wissenschaft und Politik an Geschlossenheit und Widerspruchsfreiheit widersetzt, aber doch einer eigenen Logik folgt. So ist es auch im gegebenen Fall: Während sich die Demokratiezufriedenheit auf eine positive Bewertung der Ergebnisse politischen Handelns beziehen lässt, bezieht sich Demokratiekritik auf Defekte des politischen Betriebs und die dort wahrgenommene Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten. Beides schließt sich nicht aus, doch steht eine „Schönwetterdemokratie“, die beständig durch den Erfolg ihrer Eliten bestätigt werden muss, auf unsicherem Grund. Der deutliche Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Thüringen unter dem Eindruck der Euro- und der sich entwickelnden „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 ist hier ein Warnzeichen.

Widersprüchliche Positionen der Thüringer_innen auch zur Wirtschafts- und Sozialordnung

Widersprüchliche Positionen der Befragten beobachten wir auch in ihren Einstellungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung: Eine Mehrheit von 57 Prozent hält „unsere Gesellschaftsordnung in Deutschland“ für „eher ungerecht“ und nur 29 Prozent für „eher gerecht“ (der Rest gibt kein Urteil ab). Bei der Bewertung der Lage in Thüringen, wo die gesellschaftlichen Unterschiede ja weniger ausgeprägt sind als im deutschen Durchschnitt, fällt diese Bewertung allerdings deutlich günstiger für die „Gerechtigkeit“ aus. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit wird von einem großen Teil der Befragten dem „Kapitalismus“ zugeschrieben, und eine große Minderheit von zwei Fünfteln der Befragten unterstützt die radikale Aussage, dass „der Kapitalismus beseitigt werden [muss], um endlich echte Gerechtigkeit herzustellen“.

Vertrauen in Thüringer Unternehmer_innen nach Ablehnung des Kapitalismus (in Prozent)



Etwas mehr als jeder Fünfte will sogar „zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“. Die kapitalismuskritische Mehrheit und die große kapitalismuskritische Minderheit geht jedoch mit einer großen Mehrheit von 57 Prozent der Befragten zusammen, die der Thüringer Unternehmerschaft „voll und ganz“ oder „weitgehend“ vertrauen. Das Unternehmervertrauen liegt damit

weit über dem Vertrauen, das den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, den demokratisch gewählten Parlamenten und Regierungen, entgegengebracht wird und entspricht in der Größenordnung dem Vertrauen in die Polizei und die Justiz. Kapitalismuskritik und Unternehmensvertrauen verbinden sich zu widersprüchlichen Konstellationen: etwa die Hälfte der Befragten, die den „Kapitalismus abschaffen“ oder zum „Sozialismus zurückkehren“ wollen, vertraut den Thüringer „Kapitalistinnen“ und „Kapitalisten“, und nur jede(r) Zehnte misstraut ihnen explizit. Wir vermuten, dass diese Gemengelage widersprüchlicher Einstellungen und Bewertungen eine Verbindung eigener alltags- und lebensweltlicher Erfahrungen der Befragten mit medial vermittelten Wahrnehmungen und Bewertungen ist. Für diese Erklärung spricht, dass die Urteilssicherheit über die Unternehmerschaft abnimmt, je weiter die Befragten von der Arbeitswelt entfernt sind. Trifft diese Deutung zu, dann heißt das für die Akzeptanz des „Kapitalismus“ als einer auf Ungleichheit beruhenden und Ungleichheiten erzeugenden Wirtschaftsordnung, dass sie auf guter Unternehmensführung und einem das bestehende Vertrauen bestätigenden Umgang der Sozialpartner beruht. Dann stellt sich ein gesellschaftlicher Zustand ein, in dem – wie sich im THÜRINGEN-MONITOR Jahr für Jahr wiederholt – die Mehrheit „Freiheit“ vor „Gleichheit“ wählen würde, wenn sie sich entscheiden müsste.

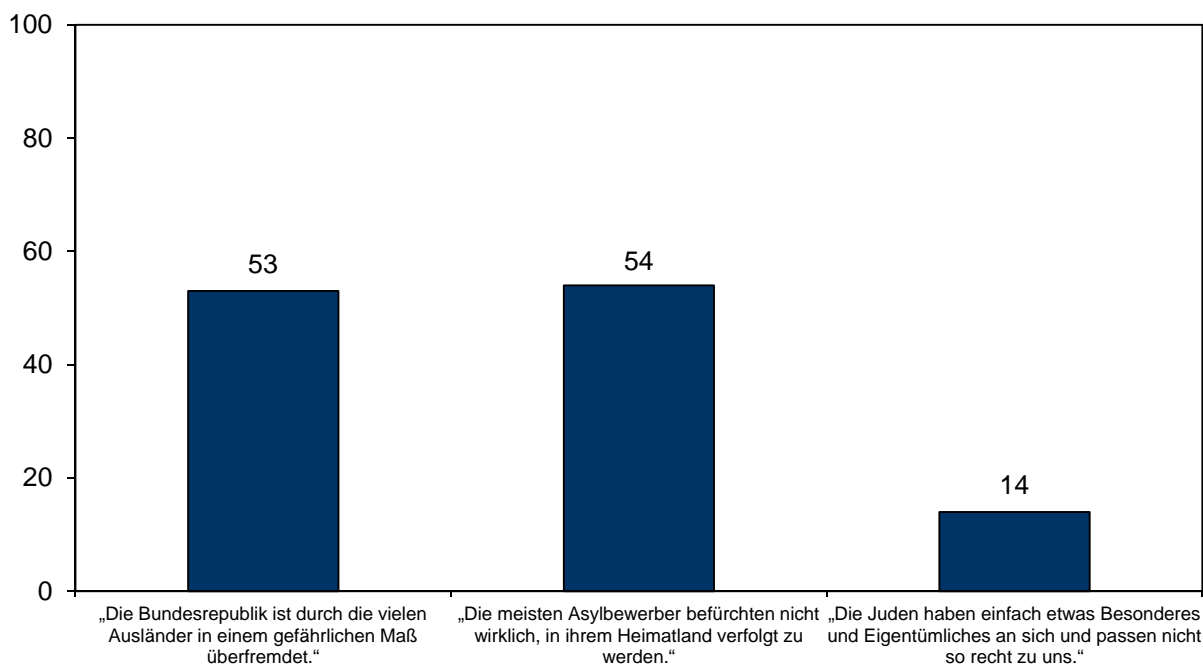
Kapitalismuskritik führt bei den Befragten auf der anderen Seite nicht zu Respekt gegenüber und Solidarität mit Langzeitarbeitslosen, die man ja als „Opfer“, zumindest aber als Folge einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialordnung betrachten kann. Eine große Mehrheit von 58 Prozent der Befragten stimmt der eindeutig abwertenden Aussage zu, dass „die meisten Langzeitarbeitslosen ... sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ machen. Langzeitarbeitslose sind damit knapp nach Muslim_innen, deren Bewertung allerdings mit einer deutlich weicher formulierten Frage erfasst wurde, die am häufigsten abgelehnte Minderheit. Besonders verbreitet ist diese Abwertung mit 70 Prozent der Befragten bei Personen mit niedrigem Einkommen, subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit, die man strukturell der „Unterschicht“ zurechnen kann. Die in einem breiten Konsens von 88 Prozent der Befragten unterstützte Umverteilung von Oben nach Unten, „um damit Sozialleistungen zu finanzieren“, geht also nicht mit gleichermaßen freundlichen Gefühlen für die ganz vorne in der Reihe potentieller Empfänger solcher Leistungen Stehenden einher. Auch dies ist eine der Ambivalenzen im THÜRINGEN-MONITOR.

Fremdenfeindlichkeit u.a. als Folge von „Sozialstaats-Nationalismus“

Eine sozial selektive, gegenüber Minderheitengruppen abwehrende Vorstellung von „Umverteilungsgerechtigkeit“ färbt auch die Haltung zu Asylsuchenden und „Fremden“ allgemein. So stimmen 44 Prozent – und damit ein signifikant höherer Anteil als im vergangenen Jahr – der Aussage zu, dass „die Ausländer“ nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen, 54 Prozent meinen, dass die „meisten Asylbewerber nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden und fordern, nach einem deutlichen Anstieg auf 83 Prozent gegenüber 73 Prozent im vergangenen Jahr, dass der Staat bei der „Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein“ soll. Wir vermuten, dass als „fremdenfeindlich“ erkannte Haltungen zu einem erheblichen Anteil aus einer „Ethnisierung der sozialen Frage“ und einem Sozialstaats-Nationalismus resultieren, der wiederum in der Vorstellung begründet ist, dass die Umverteilungsmechanismen des Sozialstaats wie ein Nullsummenspiel funktionieren, an dem nur Beitragszahlende teilnehmen dürfen. Die 88 Prozent der Befragten, die Umverteilung von Oben nach Unten wollen, und die 83 Prozent, die Härte gegenüber Asylbewerber_innen fordern, sind aus dieser Sicht zwei Seiten der gleichen Medaille. Dabei ist belanglos, dass Thüringen mit Bevölkerungsanteilen von ca. sechs Prozent Personen mit Migrationshintergrund und rund ein Prozent Fluchtmigrant_innen von den Folgen von Migrationsbewegungen kaum bzw. von allen

Bundesländern mit am wenigsten betroffen ist. Diese Situation scheint eher noch eine Haltung zu bestärken, die soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit nur für eine homogene Mehrheitsgesellschaft der Alteingesessenen gelten lassen will. So fordern Mehrheiten von 63 und 62 Prozent, dass gegen „Außenseiter und Nichtstuer in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden“ soll und „wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden [soll], als sich um Minderheiten zu kümmern“.

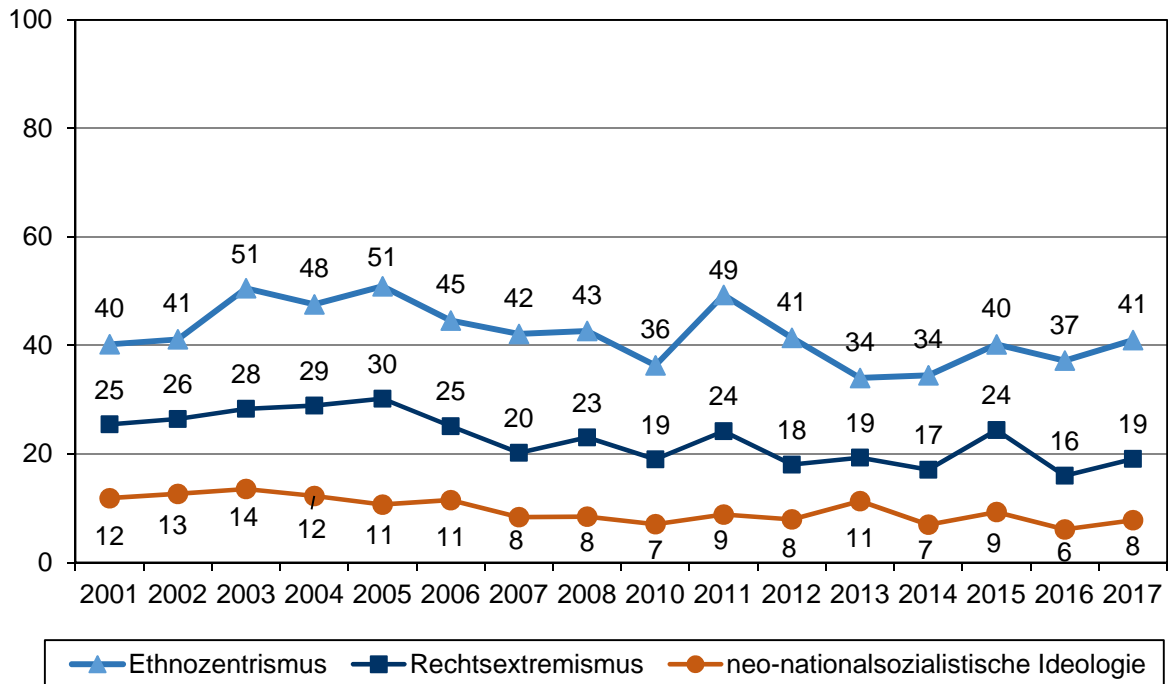
Aussagen über ethnische, kulturelle u. soziale Minderheiten (Auswahl)
(Zustimmung in Prozent)



Kein signifikanter Rückgang rechtsextremer Einstellungen und keine Resistenz der „Mitte“

In Anbetracht dieser Befundlage überrascht es nicht, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr nicht weiter zurückgegangen ist, sondern – statistisch nicht signifikant – von 16 Prozent auf 19 Prozent gestiegen ist. Eher eine Stabilisierung beobachten wir auch für die beiden von uns in früheren Untersuchungen identifizierten Hauptkomponenten des Rechtsextremismus „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalsozialismus“. Unter „Ethnozentrismus“ wird das Einstellungsbündel zusammengefasst, mit dem wir „Nationalismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ erfasst haben, unter „Neo-Nationalsozialismus“ die Komponenten „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“, Befürwortung einer „Nationalen Diktatur“ und „Sozialdarwinismus“. Während als *neo-nationalsozialistisch ideologisiert* nur eine kleine Minderheit von zuletzt acht Prozent der Befragten klassifiziert wird, greift „Ethnozentrismus“ mit einem Anteilswert von nunmehr 41 Prozent weit in die Gesellschaft aus. Seit 2012 schwanken die genannten Werte in einem relativ schmalen Wertebereich (mit einem „Ausreißer“ nach oben für Ethnozentrismus im Jahr 2015). Der langjährige Abwärtstrend, der nach 2005 eingesetzt hatte, setzt sich nicht fort. Beim Ethnozentrismus ist seit 2013 eher ein Aufwärtstrend beobachtbar, den wir einer zunehmenden Thematisierung der Asyl- und Migrationsproblematik zuschreiben. Die deutliche Verringerung der Zahl der Geflüchteten seit 2016 und die Bemühungen um Integrationsleistungen haben hier (noch?) keine Trendwende bewirkt. Im Hinblick auf Fremdenfeindlichkeit beobachten wir eher eine Verhärtung.

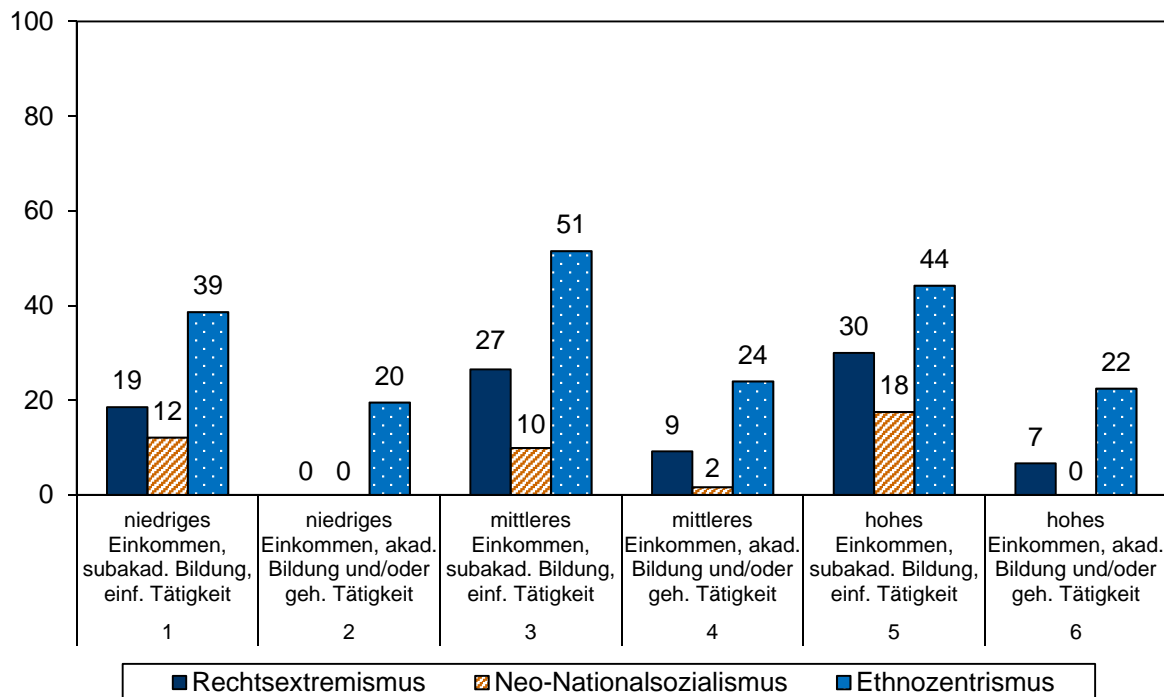
Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2017
(in Prozent)



Rechtsextremismus und seine Komponenten werden, wie eingangs bemerkt, mit Soziallagen in Verbindung gebracht, wobei auf die „Mitte“ besondere Aufmerksamkeit gerichtet wird. Tatsächlich können wir bei den in unserem Schichtmodell in zentraler Mittellage positionierten Personen mit mittlerem Einkommen, subakademischer Bildung und einfacher Tätigkeit, die zugleich fast die Hälfte unserer Stichprobe ausmachen, signifikant erhöhte Werte für Rechtsextremismus und Ethnozentrismus ausmachen. Eine *systemintegrative* Wirkung geht von dieser Schicht also nicht aus, sie repräsentiert mit ausgeprägter „Rechtsverschiebung“ die Thüringer Gesellschaft allgemein. Eine deutliche Dämpfung dieser Einstellungsmuster mit einer deutlichen Immunisierung gegenüber neo-nationalsozialistischen Ideologemen sehen wir hingegen in allen Schichten, in denen akademische Bildung eine Schichtkomponente ist, auch wenn diese statusinkonsistent mit niedrigem Einkommen oder subalterner Tätigkeit verbunden wird. Die „obere Mittelschicht“, bei der mittlere Einkommen mit akademischer Bildung bzw. gehobener Tätigkeit einhergehen, kann als wichtigste Trägerschicht für ein „offenes“ Demokratie- und Gesellschaftsmodell und, gemeinsam mit der Oberschicht, als jene soziale Formation angesprochen werden, in der die „DNA des Grundgesetzes“ am weitesten verbreitet ist. Zusammen machen sie etwa 25 Prozent der Thüringer Bevölkerung aus. Markant erhöht sind die Werte für „Neo-Nationalsozialismus“ und „Rechtsextremismus“ dagegen in einer ebenfalls statusinkonsistenten Schicht, in der hohes Einkommen mit subakademischer Bildung oder einfacher Tätigkeit zusammengeht. Die „Unterschicht“, die auf allen Statusmerkmalen niedrig rangiert, weist dagegen für alle drei Einstellungssyndrome durchschnittsnahe Werte auf. In der Gesamtschau ergibt sich ein hochdifferenziertes Bild, in dem die unterschiedlichen Quartiere der „Mitte“ deutlich unterschiedliche Profile aufweisen. „Statusinkonsistenzen“, insbesondere im Hinblick auf Bildungsstatus und Einkommen, können dabei eine eigene, das Einstellungssyndrom des Rechtsextremismus deutlich verstärkende oder abschwächende Wirkung entfalten.

Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach (objektiver) Schichtzugehörigkeit

(in Prozent)



Wenn wir nach Erklärungen für „Rechtsextremismus“ und die mit ihm verbundenen Einstellungssyndrome „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalsozialismus“ suchen, dann haben bei einer Analyse der Ursachen ein höherer Berufs- und Bildungsstatus eine dämpfende Wirkung (letzterer allerdings nicht auf neo-nationalsozialistische Einstellungen). Die Einkommenshöhe trägt nicht signifikant zur Erklärung bei, ebensowenig wie Arbeitslosigkeit oder die Furcht um den Arbeitsplatz. Allgemein können wir festhalten, dass nicht allein die *objektive* soziale Lage der Befragten Einfluss darauf hat, dass sie rechtsextrem eingestellt sind. Bedeutsam und teilweise sogar bedeutsamer ist die *subjektive* Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Lage in den Köpfen der Befragten. So erhöht die Furcht vor dem Verlust des eigenen sozialen Status signifikant eine ethnozentrische, aber nicht eine neo-nationalsozialistische Einstellung, während das Gefühl der individuellen Benachteiligung und der „Ostdeprivation“ erheblich eine neo-nationalsozialistische Einstellung erhöht. Hier sehen wir durchaus Chancen, durch gute Regierungstätigkeit und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten die Grundlagen einer offenen Demokratie zu stärken.

Den mit Abstand höchsten Beitrag zur Erklärung der diskutierten Varianten rechtsextremer Einstellungen liefern aber Persönlichkeitsfaktoren wie „Autoritarismus“ und „soziale Dominanzorientierung“. Dies sind Katalysatoren, die Unzufriedenheit und Ängste in Ressentiments gegen Minderheiten und in Demokratiefindlichkeit verwandeln können. Sie lassen sich nicht leicht beeinflussen, vor allem nicht bei Erwachsenen. Die Bedeutsamkeit dieser Persönlichkeitsfaktoren steigt in dem Maße, wie die Bedeutsamkeit der Positionierung der Befragten in der Sozialstruktur – etwa infolge von „Individualisierung“ – abnimmt. Eine solche „Personalisierung“ politischer Einstellungen und Haltungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen trägt zu einer Emotionalisierung und *Entrationalisierung* politischer Auseinandersetzungen bei. Sie fördert auch die Entwicklung widersprüchlicher, „ambivalenter“ Haltungen, die wir mit zunehmender Tendenz in unseren Beobachtungen zur politischen Kultur Thüringens sehen.

Prof. Dr. Heinrich Best

Notizen

Friedrich-Schiller-Universität Jena

**KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration**

Humboldtstr. 11, 07743 Jena

<http://www.komrex.uni-jena.de>

http://www.soziologie.uni-jena.de/thueringen_monitor.html

